

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Investieren oder sparen auf Kosten der Jüngeren?

Millionärssteuer ist Gebot der Stunde!

Unbestritten ist: Auf Grund des großen Drucks in der Bevölkerung wurden in den letzten Jahren viele Kitas und die Hohenberg-Halle gebaut, wurden der Hochwasserschutz, einige Straßen und Brücken verbessert. Unbestritten ist auch: Die alte CDU-FDP-Regierung hat systematisch den Kita-Ausbau und die Bildungsreform verschleppt, jetzt müssen Gemeinschaftsschulen und Ganztageseinrichtungen eingerichtet werden.

Seit über einem Jahr regnet es an der Grundschule Kreuzerfeld rein, die Schülerbibliothek ist gefährdet. Der Schülerhort wird von einem Ort zum nächsten umgesiedelt. Die Kita Pliksburg wartet seit Jahren auf eine Sanierung, das Jugendhaus Weiler muss neu hergerichtet werden. Die Planung für das „Haus der Nachbarschaft“ im Kreuzerfeld wird von der Stadt immer wieder hinausgeschoben.

Böse sieht es mit sozialem Wohnungsbau aus: Weder hat die Stadt eine Ahnung, wie viele Wohnungen leer stehen, noch gibt sie Auskunft, was mit den 100.000 Euro dafür im laufenden Haushalt geschehen ist. Hauptsache das Immobiliengeschäft der Makler blüht! Ganz böse sieht es mit der Bezahlung

der städtischen Beschäftigten aus: Viele Erzieherinnen werden weiter unterbezahlt, obwohl bei ihnen neue Aufgaben wie Sprachunterricht, Dokumentation, Elterngespräche hinzugekommen sind. Hier ist gend eine ange-



Bezahlung chend ihren neuen Aufgaben erforderlich! Gleiches gilt für ihre Ausbildung: Die Zahl der PIA-Stellen (Praxisintegrierte Ausbildung) muss verdoppelt werden, damit die Auszubil-

denden vom ersten Tag an und nicht erst nach drei Jahren (!) Geld erhalten und mehr Männer den Beruf ergreifen. Auch die Hebammen haben sehr große Probleme. Sie werden durch Versicherungsgebühren von über 5.000 Euro/Jahr in den Ruin getrieben. Hier muss die Stadt unterstützend eingreifen.

Rottenburg wird sich auch an regionalen Projekten wie der Regionalstadtbahn (RSB) beteiligen, damit die Berufspendler von der Straße auf die Schiene kommen und die Umwelt geschützt wird. Dringend muss das Sozialticket für alle Hartz-IV-Bezieher und Geringverdiener verbessert werden, um deren soziale Isolation zu durchbrechen. SchülerInnen dürfen bei Naldo nicht mehr zahlen als Studenten. Aber Kreisrat Höschele (CDU) nutzte den jahrelang verschleppten RSB-Antrag dazu, die Kreisinvestition von 4,2 Mio. Euro gegen notwendige Sozialleistungen auszuspielen. Man könne sich nicht beides leisten. Er musste aber zugestehen, dass seine Ex-Landesregierung in Baden-Württemberg eine große „Investitionslücke“ hinterlassen hat: 20 Milliarden Euro fehlen für Schulen, Straßen, Hochwasserschutz und Inter-

Lesen Sie weiter:

Was tun mit dem „Waldhorn“? Seite 3

Finanzjongleur Mappus verursacht Milliarden Schaden Seite 4

Amoklaufender Egomane? Seite 5

Schulentwicklung in Rottenburg Seite 6

Stuttgart 21 - Das totale Chaos (Gastbeitrag J. Hückstädt) Seite 7

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

net-Ausbau, bundesweit sind es sogar 118 Mrd. Euro:

CDU und SPD lassen dieses Land verrotten. Jetzt wollen CDU und SPD sogar die Bundesmittel für den ÖPNV in Höhe von 1,335 Milliarden Euro streichen, so dass die Kommunen sämtliche Investitionen in die Verkehrssysteme allein tragen müssen. „Schon jetzt haben wir einen Investitionsrückstand von 2,5 Mrd. Euro pro Jahr“, kritisierte Ver.di die Ankündigung von Schäuble.

Beifall erhält diese CDU-Politik von Bernd Lucke (AfD), der im Interesse der Unternehmer einen „strikten Konsolidierungskurs“ fordert und Mindestlohn und die Frauenquote als

„wirtschaftsfeindliche Maßnahmen“ bekämpft.

DIE LINKE setzt sich im Bund, im Land und in unserer Stadt für massive Investitionen ein.

Wir haben aktuell einen historischen Niedrigzins und gute Rücklagen in Rottenburg. Der Stadtsäckel hat 2013 fast 2,3 Mio. Euro mehr als geplant, so dass 21,5 Mio. Euro für 2015 zur Verfügung stehen. Die Stadt will 5,6 Mio. für Grundstückskäufe ausgeben, davon 84 im Kreuzerfeld-Süd.

Wir meinen, dass schlecht bezahlte Arbeit und Kürzungen bei sozialen Leistungen der BürgerInnen die soziale Spaltung in diesem Land (Kinderarmut,

Massenarbeitslosigkeit und wachsende Zahl von Niedriglöhnern) verschärfen. Verschleppte Investitionen sind Schulden für die jüngere Generation.

Die „schwarze Null“, das neue Goldene Kalb von Schäuble, kann problemlos durch eine Millionärssteuer erreicht werden. Denn nicht jeder kann wie die Deutsche Bank in Luxemburg eine Fondsgesellschaft gründen und nur noch ein Prozent Steuern zahlen!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat

„DIE LINKE“

Rottenburg

DIE LINKE.

Regierung verteilt Placebos

Mittel ohne Wirkstoff sollen „Heilung“ bringen

Bundesverkehrsminister Dobrindt (CSU) ist in der Politik immer für eine Lachnummer gut. Nach seinem Maut-Debakel hat er vor einigen Monaten ein großartiges Investitionsprogramm von einer Milliarde Euro für marode Brücken angekündigt. Experten haben nachgerechnet: Von den 6.000 dringend sanierungsbedürftigen Brücken können damit 78 instandgesetzt werden.

Jetzt hat Dobrindt eine würdige Nachfolgerin gefunden: **Arbeitsministerin Nahles (SPD)** will Langzeitarbeitslose besser fördern, weil sie im ersten Arbeitsmarkt keine Chance mehr haben. Bis zu 100 Prozent bekommen Unternehmen vom Staat, wenn sie einen Langzeitarbeitslosen anstellen. Na toll:

Wie bei den „Aufstockern“ subventionieren wir Steuerzahler die „Barmherzigkeit“ von Unternehmen, damit deren Profite stimmen.

Experten haben wieder nachgerechnet: Mit den Steuergeldern aus Nahles Etat können gerade einmal 33.000 von den über eine Million Langzeitarbeitslosen in den „Genuss“ staatlicher Billiglöh-

politik kommen, nachdem sie Nahles vorher vom Mindestlohn ausgenommen hatte!

Beides sind Mittel ohne Wirkstoff der Regierung, die von dem Versagen der Großen Koalition ablenken sollen:

Es sind Milliarden notwendig, um unser Land mit seiner Infrastruktur für Erziehung, Bildung, Pflege, Straßen, ÖPNV und Internet einigermaßen aufrechtzuerhalten. Das Kommunalpanel 2014 der staatlichen KfW-Bank gibt nur für die Kommunen einen Fehlbedarf von 120 Milliarden Euro an. Hinzu kommen die notwendigen Investitionen für Bund und Länder.

„Schäuble öffnet die Geldbörse“ titelt die konservative Stuttgarter Zeitung (7.11.2014), um sein „10 Mrd. Euro Programm“ zu loben. Ein Witz ist das angesichts der Verschleppung der letzten 20 Jahre! Vielleicht sollte Schäuble mal Merkles Liebling, den **EU-Kommissar Juncker**, um Hilfe bitten. Unter dessen Regierung hat Luxemburg etwa 300 Konzernen Staatsbeihilfe zur legalen Steuerhinterziehung gegeben. Im Auftrag von 300 Multis hatte das berühmte Beratungs-

unternehmen PricewaterhouseCoopers (PwC) komplizierte Finanzstrukturen entwickelt, mit deren Hilfe Konzerne wie Deutsche Bank, Eon und Fresenius Medical Care (FMC) nur ein Prozent Steuern zahlten.

„Ich schätze, dass dem deutschen Staat durch diese von Luxemburg organisierte Steuerflucht pro Jahr mindestens 10 Milliarden Euro durch die Lappen gehen“, sagte der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuergewerkschaft Thomas Eigenthaler.

Von der Steuerhinterziehung profitieren besonders Aktionäre und Spekulanten, die mehr Profit erhalten. Und da SPD und CDU Kapitalertragssteuer und Abgeltungssteuer drastisch gesenkt hatten, ist das Weihnachtsgeschenk doppelt so hoch.

Gegen diesen Raub an der Allgemeinheit hilft nur:

Millionärssteuer jetzt!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

100% sozial.

DIE LINKE.

100% sozial.

DIE LINKE.

100% sozial.

DIE LINKE.

100% sozial.

DIE LINKE.

Was tun mit dem „Waldhorn“?

Die Stadt muss ihre Verantwortung wahrnehmen

Als **DIE LINKE** im Gemeinderat Anfang September in einer Pressemitteilung bat, die Verwaltungsspitze möge prüfen, ob das ehemalige Adelspalais in der Königsstraße 12 („Waldhorn“) angekauft werden könne, da die Erbgemeinschaft, in deren Besitz das stattliche Gebäude steht, dieses Kleinod verkaufen möchte, da reagierte Finanzbürgermeister Derbogen blitzschnell, vielleicht zu schnell. Er ließ in der Presse lakonisch mitteilen: „Die Stadt hat kein Interesse am Erwerb des ehemaligen Gasthofs Waldhorns“. Basta. Mir kauft nix!

Stilistisch-sprachlich ist dabei der feine Unterton des Bürgermeisters bemerkenswert: Indem er vom „Gasthof Waldhorn“ spricht, rieseln dem braven Leser so etwas wie kalte Schauer den Rücken runter, und der unbescholtene Bürger fragt sich unterschwellig, ob dieser versunkene „Gasthof Waldhorn“, der sogar eine Bierbrauerei in früheren Jahrhunderten beherbergte, nicht doch zugleich eine dunkle Spielunke und Räuberhöhle war, in der zwielichtige Gestalten und Marketenderinnen sich

sündig trunken machten und ihre lästerlichen Geschäfte bei Gerstensaft, Wein und Absinth abwickelten. Diese ehemalige Räuberhöhle erhalten?, fragt ein feiner Sub-Text? Nimmermehr!, lautet die stumme Antwort.

Wie dieses (sanierungsbedürftige) Schmuckstück mit seinem weit über die Landesgrenzen hinweg bekannten Programmkino und Kabarettspielfläche weiter zu fördern sei, das wurde nie geprüft, seriöse Nutzungsmöglichkei-

ten nie Erwägung gezogen. Dabei wäre es ein großer Glücksfall, wenn die Stadt dieses Gebäude auf der Filet-Meile der Königsstraße unter eigene Regie übernehmen und dabei ein mittelfristiges Konzept entwickeln würde. In der Altstadtsatzung heißt es hierzu:

„Die Identität des heutigen Altstadtbildes als Abbild der baugeschichtlichen Entwicklung Rottenburgs zu prägen, soll die Altstadtsatzung die Chance wahren, das historische Stadtbild und Straßenbild eines zusammenhängenden Altstadtgefüges für die Zukunft beizubehalten.“

Es liegt auf der Hand, dass den hohen denkmalpflegerischen Ansprüchen ein privater Investor kaum nachkommen kann. Nur die Stadt Rottenburg in ihrer urbanen und kulturellen Verantwortung könnte ein solches Projekt stemmen und hätte die notwendige Erfahrung hierfür. Der Kaufpreis ist im Hinblick auf die laufenden Mieteinnahmen zweitrangig. Über die Nutzungsmöglichkeiten ist in großer Ruhe und Gelassenheit nachzudenken. Nur eines wäre ganz sicher: Das Kino Waldhorn ist dank seiner Bedeutung zu erhalten oder einer räumlichen Erweiterung zuzuführen.

Kritische Stimmen, die durchaus ernst zu nehmen sind, werden einwenden, dass die Stadt sich hier nicht noch ein weiteres Objekt aufbürden solle. Das Geld sei vielmehr besser zum Bei-

spiel im sozialen Wohnungsbau, dem Bahnhofsumbau oder der städtischen Infrastruktur ganz allgemein angelegt.

Dieser Vorbehalt klingt zunächst plausibel, unterschlägt aber die bauliche Verantwortung, die die Stadt gerade gegenüber ihrer historischen Substanz hat. Hier den Schwarzen Peter allein auf das Denkmalamt abschieben, das dann unter Umständen private Käufer oder Investoren in die Pflicht näh-

me, das ist blauäugig und verkennt die Aufgabe, die einem mehrjährigen und gestuften Projekt Waldhorn zu leisten

ist. Politischer Wille und entsprechende Weitsicht sind hier gefragt.

Es geht nicht an, dass die Stadt Rottenburg in dieser bedeutsamen Frage die Augen unschuldig schließt und nur ihr Njet

verkündet, ohne sich der gegebenen städtischen Fürsorge zu stellen. Es gilt diese Perle in kommunale Obhut zu überführen. Das Waldhorn ist keine DHL-Brache mit ungewisser Zukunft, sondern ein Diamant, den es zu polieren, ein Aschenputtel, das es zu entzaubern gilt.



Fotos: N. Kern



Dr. Christian Hörburger

Gemeinderat

Obernau

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Finanzjongleur Mappus verursacht Milliarden Schaden

Spekulant kostet 2,5 Milliarden Euro

Im Sommer enthüllte das SWR-Fernsehen, dass Mappus als Staatssekretär 2003 den Großen Verkehrsvertrag mit DB-Regio zu verantworten hat, der bis 2016 gilt. Nach diesen Recherchen werden aus dem Landeshaushalt für den ÖPNV im Ländle insgesamt eine Milliarde Euro an die Deutsche-Bahn-Tochter zu viel gezahlt. Manche vermuten, dass es sich dabei um eine versteckte Subventionierung des Milliarden-Projekts Stuttgart 21 handelte, das Mappus bekanntlich mit Polizeigewalt vorantrieb.

Dieses Milliarde wird jetzt dringend gebraucht, um im ganzen Land endlich 28.000 Pendler von den verstopften



Straße zu vernünftigen Fahrpreisen auf die Schiene zu bekommen, zum Beispiel bei der Regionalstadtbahn.

Doch Mappus erweist sich auch bei seinem rechtswidrigen EnBW-Deal hinter dem Rücken des Landesparlaments als „staatliche schwäbische Heuschrecke“, die wie renommierte Financial Times Deutschland (FTD) titelte (1.2.2011). Denn Mappus wollte

mit seiner Milchmädchenrechnung“ (FTD) die Zinsen für den Lan-



deskredit aus der Dividendenrendite von zwei Anleihen von 4,67 Mrd. Euro von der landeseigenen Neckarpri GmbH bezahlen.

Der Kauf auf Pump über die zwei Anleihen wurde nicht öffentlich gemacht: „Da staunten die Steuerzahler und die Ökonomen wunderten sich.“ (FTD) Eingefädelt hatte Mappus -Intimus Dirk Notheiß, CDU-Vorstandsmitglied und zugleich Chef der US-Bank Morgan Stanley in Deutschland, diesen Deal.

Jetzt erhält nicht Mappus, sondern der Steuerzahler „Die Quittung fürs Zocken“ (Stuttgarter Zeitung, 7.11.14): Der Wert der EnBW-Aktien beträgt nur noch 3,7 Mrd. Euro, es gibt einen „Abwertungsbedarf von 1,5 Mrd. Euro“.

Hinzu kommt: Die Ausschüttung der

EnBW-Dividende – von der Mappus die Zinsen für die Anleihe zurückzahlen wollte – ist von geplanten 110 Mio. Euro auf 89 Mio. gesunken, die Landestochter Neckarpri ist mit einem Jahresverlust von 46 Mio. Euro überschuldet und kurz vor der Insolvenz.

Auf Deutsch:

Diese CDU-Spekulanten kosten den Landeshaushalt mindestens 2,5 Milliarden Euro. Unverschämte ist deshalb die Forderung von CDU-Fraktionsvorsitzender Hauck, die Landesregierung solle sofort, nicht erst 2016 mit der Schuldentrückzahlung beginnen. Man müsste ihn und seine gesamte Fraktion wegen gemeinschaftlichen Gedächtnisverlustes aus dem Landesparlament entfernen, spätestens bei der Landtagswahl 2016!



Dr. Emanuel Peter
Gemeinderat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Gemeinschaftsschule in der Kernstadt mit Verspätung

Drei Jahre später als Tübingen wird für Rottenburgs Kernstadt endlich ein Antrag auf eine Gemeinschaftsschule gestellt. Eltern- und Lehrerschaft an der Hohenberg-Schule sind so mutig, während die Realschule im Kreuzerfeld die einzige Realschule im Landkreis bleiben will.

Jahrelang hatte die CDU nach ihrer katastrophalen Niederlage bei den Landtagswahlen keinerlei Konzept für ihre jahrzehntelang verschleppte Bildungsreform. Doch Elternproteste,

Rückgang der Schülerzahlen, Schulschließungen auf dem flachen Land und begrenzte Finanzen zwangen sie zum Einlenken. So versuchte sie zunächst, die Gemeinschaftsschule als eine Schulart neben anderen in einem mehrgliedrigen Bildungssystem zu entwerfen. Mit dem zynischen Argument des Wahlrechts von Eltern für eine Bildungsvielfalt wollte sie sich als Verteidigerin der Realschulen aufspielen, nachdem sie den Elternwillen für der Wahl der weiterführenden Schule nach der vierten Klasse mit Füßen ge-

treten hatte, dabei ermöglicht gerade die Gemeinschaftsschule Vielfalt und freie Elternwahl. Durch eine individuelle Förderung jedes einzelnen Schülers wird ein Bildungsabschluss in Haupt-, Realschule oder der Übergang aufs (berufliche) Gymnasium ermöglicht. Nur die Jungen Aktiven wollten die Bildungsreform in Rottenburg um weitere zwei Jahre verzögern und lehnten den Antrag der Hohenbergschule ab.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Amoklaufender Egomane?

Nein! Verantwortungsbewußter Gewerkschafter!

Rechtlich gesehen ist die Gewerkschaft der Lokführer (GDL) nicht anzugreifen. Nach Urteil des Arbeitsgerichts Frankfurt wie auch des Landesarbeitsgerichts Hessen ist der letzte Streik der GDL nicht rechtswidrig und nicht unverhältnismäßig. Die Gewerkschaft nimmt nur ihr verfassungsmäßiges Streikrecht in Anspruch. Es gibt also auf dieser Ebene keine Angriffsflächen gegen die Arbeitnehmervertretung.

Also so muss auf einer anderen Schiene gefahren werden, um die Gewerkschaft und ihren eloquenten Vorsitzenden anzugreifen. Sein Verhalten sei übertrieben und maßlos, größenwahnsinnig, es gehe nur um die Vergrößerung seiner Macht, GDL läuft Amok, Staatsfeind Nr.1, der Rechthaber, nationaler Notstand, Chaos, Erpressung, Geiselhäft, ...

Weshalb ist so schwer einzusehen, dass die Gewerkschaft nur ihr ursprüngliches Recht der Interessenvertretung aller ihrer Mitglieder, seien es Lokführer oder Zugbegleiter oder Rangierloführer, wahrnimmt. Die Gewerkschafter bestehen nur auf ihrem Grundrecht und wenn die Bahn zur Vorbedingung von Gesprächen den Verzicht auf dieses Recht fordert, dann ist es ein logische Folge, dass die Gewerkschaft dieses Gespräch ablehnt. Wenn dazu die EVG (Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft) die Forderung nach Tarifeinheit aufstellt und für sich als größere Gewerkschaft die Tarifführerschaft in

Anspruch nimmt, dann ist klar, dass die GDL dem nicht folgen kann ohne sich selbst aufzugeben. In diese Richtung läuft übrigens auch das Bemühen von der Ministerin für Arbeit und Soziales Andrea Nahles (SPD). Mit welchem Erfolg wird gewiss verfassungsrichterlich entschieden. Aber vielleicht tut es auch eine staatliche Zwangsschlichtung, die dann das Grundrecht nicht direkt tangiert.

Der GDL vorzuwerfen, es handele sich bei dem

Streik nur um einen ausgebufften Werbefeldzug und um die Vormacht als Gewerkschaft bei der Bahn ist eine böswillige Unterstellung. Ausgeschlossen ist natürlich nicht, dass noch nicht gewerkschaftlich organisierte Bahnmitarbeiter die GDL als sehr wirksam einschätzen und Mitglied werden.

Andere Gewerkschaften verhalten sich in diesem Konflikt auffallend zurückhaltend. Sehen sie nicht, dass sie vielleicht auch das Schicksal der GDL erleiden werden und pure Größe sie auch nicht überleben lässt?

Warum ist die EVG gegen Tarifkonkurrenz bei der DB AG? Tagtäglich wird gepredigt, dass Konkurrenz das Geschäft belebe und dies dem Kunden zu Gute komme. Warum gilt das nicht auch für die Mitglieder konkurrierender Gewerkschaften? Pikant, wenn der Vorsitzende der EVG droht für gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu kämpfen, was wohl heißt zu streiken. Streik für den niedrigeren Lohn seiner Ge-

werkschaft um des Betriebsfriedens willen? Streik um die Lohnkosten der Bahn nicht steigen zu lassen. Das nenn ich Solidarität mit dem Arbeitgeber.

Und da ist dann noch der Vorwurf der Durchbrechung gewerkschaftlicher Solidarität. Wie sieht es denn mit der Solidarität unter den großen Gewerk-

schaften aus. Wird dort nicht auch darauf gesehen für die jeweilige Branche das Beste herauszuholen? Übrigens geben die Medien bei der Information

über diesen Konflikt ein elendes Bild ab. Dies gilt nicht nur für den „Boulevard“ (Regenbogenpresse) sondern auch für die sogenannten „Qualitätsmedien“. Diese Unkenntnis, diese Hetze, dieser Hass ...

Kein Wunder, wenn dann Leserbriefschreiber wie das CDU-Mitglied Dr. Albrecht Kühn im Schwäbischen Tagblatt vom 7.11.14 nach der Stasi-Akte des GDL-Chefs fragen lässt und von nationalem Notstand, systematisch geschädigter Wirtschaft und Beraubung der nachwachsenden Generation ihr Schul- und Bildungschancen lamentiert. Wegen eines Teilstreiks der Bahn!



Norbert Kern
Wendelsheim



SELBSTORGANISIERTE

**EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE
GEGEN TTIP UND CETA**

Bis 25. November 2014 haben
940.246
Bürger unterschrieben. Sie auch?

Das europaweite Bündnis „Stop TTIP“ hat vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) Klage eingereicht. Die EU-Kommission hat die Europäische Bürgerinitiative nicht anerkannt.

Mit juristischen Winkelzügen wird die demokratische Mitsprache der Bürger ausgehebelt. Es seien die formalen Voraussetzungen nicht erfüllt. Es liegt die Annahme nahe, dass das Verbot politisch motiviert ist. Es soll die kritische

Beteiligung der Zivilgesellschaft verhindert werden. Die Freihandelsabkommen mit Kanada (CEPA) und den USA (TTIP) stoßen auf breite öffentliche Kritik. Die Investitionsschutzabkommen greifen massiv in die Rechtsstaatlichkeit durch die Schaffung von Schiedsgerichten ein, die sich staatlicher Rechtssprechung entziehen. Die nicht-öffentliche Verhandlung der Abkommen schafft tiefe Skepsis.

„Es geht um grundlegende Fragen, wie wollen wir produzieren, wie kon-

sumieren wir, wie wollen wir in Zukunft leben? Welches Essen kommt auf den Tisch, welche Chemikalien umgeben uns, welche Form von Landwirtschaft wollen wir, was dürfen die Kommunen entscheiden, wie funktionieren unsere Demokratien? Das gegenwärtige (Verhandlungs-) Mandat stellt hier falsche Weichen, deshalb lehnen wir die TTIP-Verhandlungen entschieden ab.“ (Helmut Scholz, MdEP, GUE/NGL)

DIE LINKE zur Schulplanung in Rottenburg

Stellungnahme in der Sitzung des Gemeinderats (21.10.2014)

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zunächst zwei kurze Vorbemerkungen.

Erstens:

Die Leserbriefe über die Nicht-Öffentlichkeit drücken das große Interesse vieler Bürger und Bürgerinnen an einer öffentlichen Diskussion über die Entwicklung des Schulwesens in unserer Stadt aus. **Es hätte der Verwaltungsspitze gut angestanden, eine Bürgerversammlung in der Festhalle zu diesem Thema zu organisieren und dort umfassend zu informieren.** Es ist mal wieder eine vertane Chance, die Bürgerschaft in den demokratischen Meinungsbildungsprozess einzubeziehen statt sie vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Zweitens:

Noch immer fehlt in der Schulplanung die Einbeziehung ALLER weiterführenden Schulen, d.h. vor allem der staatlichen und privaten Gymnasien, obwohl der Beschlussantrag der Verwaltung die Klassen aller weiterführenden Schulen berechnet. So kann einer möglichen und schädlichen Konkurrenz zwischen der privaten Gemeinschaftsschule (GMS) Carl-Joseph-Leiprecht und den staatlichen GMS nicht vorgebeugt werden.

Es ist aber gut, wenn heute im Gemeinderat endlich **Nägel mit Köpfen** gemacht werden. Denn Rottenburg ist inzwischen im gesamten Landkreis die einzige Stadt, die noch keinen Antrag zur regionalen Schulentwicklung gestellt hat und deshalb als Bremsklotz wirkt. Eine gemeinsame regionale Schulentwicklung ist sowohl wegen der begrenzten Finanzmittel wie auch wegen der Aufhebung der Schulbezirksgrenzen und der Schülerzahlen im Interesse aller Kommunen. Trotzdem halten wir fest:

DER GEMEINSCHAFTSSCHULE GEHÖRT DIE ZUKUNFT.

Ihr gehört die Zukunft, weil sie sich mit der individualisierten Förderung jedes Einzelnen endlich nach den Bedürfnissen, Fähigkeiten und der Persönlichkeitsentwicklung des Kindes richtet und Kinder nach willkürlich nach einem dreigliedrigen Schulsystem sortiert und aussortiert. Die Verteidiger von angeblich homogenen Lerngruppen haben gar nicht gemerkt, dass die heterogenen Grundschulen im IGLU-Vergleich wesentlich besser abgeschnitten haben als homogene Schulformen in den PISA-Studien.

Der Gemeinschaftsschule gehört die Zukunft, weil sie Schüler aller drei bisherigen Schularten in der Sekundarstufe 1 umfasst und neben dem Wissenserwerb die sozialen Kompetenzen wie Vermittlung und gegenseitige Unterstützung aufgewertet werden.

Deshalb bedauern wir es, wenn die Realschule im Kreuzerfeld diesen Weg noch nicht beschreitet und Angst vor einem Niveauverlust hat. Sie ist inzwischen im ganzen Landkreis die einzige Realschule.

Wir halten es für gefährlich, den Eltern Glauben zu machen, dass sie von den vagen Versprechungen der Landesregierung über die Zuweisung von mehr Lehrerstunden automatisch profitieren wird. Deshalb fordern wir Lehrerkollegium und Elternschaft der Realschule auf, eng mit der Hohenberg-Schule zusammenzuarbeiten und von ihren Erfahrungen in der Gemeinschaftsschule zu profitieren. Alles andere schädigt beide Schulen in Rottenburg!

Wir denken, dass Rottenburg mit den exzellenten Voraussetzungen an der Hohenberg-Schule eine einmalige Chance für ein **zukunftsweisendes Schulmodell** hat. **Denn auf dem Hohenberg befindet sich ein Campus aus Krippe, Kita, Grundschule und künftiger Gemeinschaftsschule.** Dadurch können Erzieherinnen und Lehrer eng verzahnt an der Bildungsbiographie der Kinder zusammenarbeiten.

Die Eltern können vom sozialen und pädagogischen Nutzen des Ganztagskonzepts vom frühen Alter an überzeugt werden und ihre Kinder können problemlos von einer Bildungseinrichtung zur nächsten wechseln: **Kein Kind geht auf diesem Weg verloren, wenn die Gemeinschaftsschule von Klasse 1 bis 10 eingeführt wird.** Daraus ergeben sich für uns **zwei Konsequenzen:**

Erstens braucht die Hohenberg-Gemeinschaftsschule die volle Unterstützung des Gemeinderats und der Stadt bei der seit Jahren verschleppten Sanierung und dem notwendigen Umbau: Raumzahl und Architektur müssen sich nach den pädagogischen Erfordernissen richten und nicht umgekehrt!

Zweitens müssen Landesregierung und staatliches Schulamt deutlich mehr Gymnasiallehrer zur Mitarbeit an den neuen Gemeinschaftsschulen motivieren, um einigen Eltern die Angst vor einem Abfall des Leistungsniveaus zu nehmen. Sonst würden die GMS zu neuen Restschulen.

In diesem Sinn möchten wir einen **Ergänzungsantrag** zum Beschlussantrag, Abschnitt e formulieren:

Lehrerkollegium und Elternschaft der Realschule im Kreuzerfeld werden aufgefordert, eng mit der künftigen Gemeinschaftsschule Hohenberg zusammenzuarbeiten mit dem Ziel, mittelfristig den Weg zu einer Gemeinschaftsschule mit eigenem Profil zu beschreiten.



Dr. Emanuel Peter
Gemeinderat
„DIE LINKE“
Rottenburg

100% sozial.

DIE LINKE.

100% sozial.

DIE LINKE.

100% sozial.

DIE LINKE.

100% sozial.

DIE LINKE.

Stuttgart 21 – Das totale Chaos

Gastbeitrag von Jürgen Hückstädt

Um Stuttgart 21 ist es in letzter Zeit nach außen hin etwas ruhiger geworden, dennoch jagt ein Eklat den nächsten, besonders oben auf den Fildern, wo sich regelrecht ein „Filderkrimi“ abspielt. Wird dieser „Fall“ nicht gelöst, kann S21 nicht in Betrieb gehen.

Trotz andersartigem Beschluss im sog. Filder-„DiaLÜG“ vor zwei Jahren wollte die Bahn nun doch ihre Antrags-



Fotos: Norbert Kern
Montagsdemo am 1. September 2014

trasse auf den Fildern bauen. Dazu gehört ein 27 Meter unter der Erde liegender Flughafenbahnhof, der seit 2002 als nicht genehmigungsfähig gilt, sowie die Nutzung der bestehenden S-Bahn-Gleise für Fernzüge zwischen Rohr und Flughafen. Dieser Mischbetrieb ist eigentlich unzulässig und technisch nicht realisierbar, dennoch hat der frühere Bundesverkehrsminister Ramsauer eine Ausnahmegenehmigung bis 2035 erteilt. Darüber hinaus führt diese Antragstrasse mitten durch die Gemeinde Leinfelden-Echterdingen, vertreten durch ihren CDU-OB Klenk, eigentlich ein S21-Befürworter. Neben den genannten Problemen befürchtet man dort auch erhebliche Lärmbelästigungen.

Gegen diese Trassenführung und die Anbindung des Flughafens an S21 gab es 5500 Einwendungen, zu deren 11-tägiger „Erörterung“ das Regierungspräsidium Stuttgart auf dem Messegelände eingeladen hatte. Dort wurde eine Lüge nach der anderen entlarvt, nicht zuletzt durch ein von Leinfelden-

Echterdingen (OB Klenk) in Auftrag gegebenes Gutachten der TU Dresden, eine schallende Ohrfeige nach der anderen für die Bahn. Diese konnte die Schmach offenbar nicht mehr ertragen und wirkte derart auf das Regierungspräsidium ein, dass dieses die Erörterung vorzeitig abbrach. Dr. Christoph Engelhardt, der die Leistungslüge von S21 wissenschaftlich widerlegte, kam somit mit seinen wertvollen Erkenntnissen nicht mehr zu Wort. Unter Tränen kündete gleichzeitig der langjährige S21-Projektsprecher Wolfgang Dietrich seinen Rücktritt an mit der Begründung, S21 sei nun auf den Weg gebracht.

Da die bisher favorisierte Lösung (Antragstrasse) nun auch nach Eingeständnis der Bahn nicht zu realisieren war, kam eine neue Variante ins Spiel: Der „Filderbahnhof Plus“ unter der Flughafenstraße. Diese ist aber um mehr als 200 Mio. Euro teurer, wobei die Frage nach der Finanzierung bleibt. Noch bleiben die Totalumfaller Kretschmann, Kuhn & Co bei ihrem „Mir gäbet nix“, doch wie lange noch?

Neben dem Filderkrimi droht noch weiteres Ungemach: Das Eisenbahngesetz verbietet es, die Gleisanlagen im alten Stuttgarter Hbf stillzulegen (zu entwidmen), wenn diese weiterhin genutzt werden. Dazu genügt ein Nostalgie-Dampfzug, der einmal im Monat dort hält. Die Gleisflächen könnten somit nicht überbaut werden. **Für die Immobilien-Mafia offenbar ein Grund, auf die Bundesregierung einzuwirken, das Eisenbahngesetz nachträglich zu ändern und eine LexS21 zu schaffen, um diese Entwidmung zu erleichtern.** Aber auch anderswo sinkt die Hemmschwelle, Stuttgart 21 durchzuboxen, koste es, was es wolle. Für den Aushub

des Bahnhofstrogs war ursprünglich das Abpumpen von 3 Mio Kubikmeter Grundwasser erlaubt. Auf Antrag der Bahn hat das Eisenbahnbundesamt jetzt 6,5 Mio Kubikmeter genehmigt, also mehr als das Doppelte. **Nun besteht akute Gefahr, dass die Cannstatter Mineralquellen zerstört werden oder der auf Holzpfählen gegründete Bahnhofsturm einstürzt.** Auch in den 17 km blauen Rohren des Grundwassermanagements fließt eine braune gesundheitsgefährdende Rostbrühe, laut Bahn natürlich völlig harmlos. Fast vergessen ist schon die Tatsache, dass der neue Tiefbahnhof dank Sondergenehmigung eine Längsneigung von 15 Promille haben soll, sechsmal mehr als erlaubt.



Die Liste der Mängel und Missstände ließe sich bei diesem „bestgeplanten Projekt“ beliebig fortsetzen, und es fließt eine gewaltige kriminelle Energie bis in höchste Regierungskreise. Kämen die Strafgesetze unseres Staates zur Anwendung, würde so mancher hoher Politiker für Jahre hinter Gitter wandern.

Für uns Widerständler gilt deshalb nur eines:

Weitermachen!

Am 8. Dezember findet übrigens die mittlerweile 250. Montagsdemo statt.

Oben Bleiben!

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Der übergriffige Präsident

Darf der das? - Ja, er darf. - Aber es gehört sich nicht!

Es war ja wohl klar, dass Bundespräsident Joachim Gauck nach dem Freibrief, den ihm das Bundesverfassungsgericht ausgestellt hat, seine Mitteilbarkeit weiter ausleben wird. Glück für ihn war, dass die Klage von der NPD kam. Es war schwer vorstellbar, dass das Gericht die präsidiale Kritik an der NPD beschränken würde. Nicht so klar war, ob die Bezeichnung „Spinner“ nicht etwas zu unreflektiert in Form und Inhalt ist und deshalb seine Aussage kritisiert werden würde.

Wie ein Bundespräsident sein Amt zu verstehen und auszuüben hat, ist nicht festgelegt! In seinem Amtseid schwört er u.a. Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben. Welche Auffassung von Gerechtigkeit der jeweilige Präsident hat, bleibt diesem überlassen. Welche Gerechtigkeit Gauck übt, ist seine Äußerungen zu entnehmen.

Gauck macht sich zum Sprachrohr innenpolitischer Interessen. Beweis dafür ist eigentlich genug, von welcher Seite ihm Beifall gezollt wird. Schaut man sich den Inhalt seiner Aussagen an, dann fällt auf, dass ihm nur schwer Einseitigkeit nachzuweisen ist, denn er formuliert nicht eindeutig. (s. Kasten) Aber seine Methode wirkt, wenn dann zu lesen ist, Gauck habe vor einem Bündnis unter Führung der Linken gewarnt. Er hat eben nicht gewarnt und

kritisiert. Er hat unbestimmt von Menschen seines Alters gesprochen, nicht von sich selbst. Er hat betont, Demokrat zu sein wie andere auch und Wahlentscheidungen zu respektieren wie andere auch. Er nennt die SED und legt eine inhaltliche Nähe zur heutigen Linken in Thüringen nahe. Er stellt nicht fest, denn damit würde er sich festlegen. Er fragt nach der Methode „Man wird doch wohl noch fragen dürfen.“ Er bindet „viele andere“ mit ein, denn es scheint so zu sein, dass er seinen eigenen Autorität nicht genug Gewicht beimisst. Er er-



Standarte des Bundespräsidenten

„Naja, Menschen, die die DDR erlebt haben und in meinem Alter sind, die müssen sich schon ganz schön anstrengen, um dies zu akzeptieren. Aber wir sind in einer Demokratie. Wir respektieren die Wahlentscheidungen der Menschen und fragen uns gleichzeitig: Ist die Partei, die da den Ministerpräsidenten stellen wird, tatsächlich schon so weit weg von den Vorstellungen, die die SED einst hatte bei der Unterdrückung der Menschen hier, dass wir ihr voll vertrauen können? Und es gibt Teile in dieser Partei, wo ich - wie viele andere auch - Probleme habe, dieses Vertrauen zu entwickeln. Und wir erleben gerade in Thüringen einen heftigen Meinungsstreit: Ja, was ist denn diese Partei nun wirklich?“ (ARD, Bericht aus Berlin, 2.11.2014)

scheint feige. Er handelt nicht nach dem ihm oft zugeschriebenem Motto „Hier stehe ich, ich kann nicht anders“ in Anlehnung an eine nicht belegte Äußerung Luthers. Er versteckt sich hinter vielen anderen und stellt nur viele Fragen. „Ja, was ist denn diese Partei nun wirklich?“ - Ja, was ist denn dieser Präsident nun wirklich? Was will uns der Bundespräsident sagen? Entschuldigend führt Gauck an, er habe

eine Debatte aufgenommen, die in Thüringen und in der Bundesrepublik insgesamt existiert. (FR 08.11.2014) Niemand hat ihn aber gezwungen diese Debatte aufzunehmen. Und weiter: „Im Übrigen habe ich klar zum Ausdruck gebracht, dass in einer Demokratie der Wählerwille zu respektieren ist.“ Stimmt. Aber weshalb agitiert er dann gegen die Linke?

Gauck ist nicht unbequem. Er ist geschwätzig. Er findet sich gut und kann sich an seinen eigenen Worten berauschen. Niemand kann seine Vergangenheit, das von ihm Erlebte, einfach abstreifen. Aber die Fähigkeit zur Distanzierung stünde einem Präsidenten wohl an.

Gauck (CDU-Mitgliedschaft ruhend) ist nicht allein Grenzüberschreiter. Herr

Lammert (CDU aktiv) tut es ihm gleich. Den Altbarden Biermann zum Linken-Bashing in den Bundestag einzuladen und ihn sich austoben zu lassen, überschreitet Grenzen,

die sich für den Parlamentspräsidenten, protokollarisch immerhin zweiter Mann im Staat, auch nicht gehören und bis vor kurzem unvorstellbar waren. Auch hier zeigte der Beifall in wessen Auftrag gehandelt wurde. **Verlotterung politischen Anstands allenthalben!**

Norbert Kern, Wendelsheim

Termine:

Kommunaler Arbeitskreis

Mittwoch, 3. Dezember 2014, 19.30 Uhr, Gaststätte Württemberger Hof, Tübinger Straße 14

Info-Stand auf dem Metzelpatz

Samstag, 31. Januar 2015, 9.30 - 12.00 Uhr

Kommunaler Arbeitskreis

Mittwoch, 4. Februar 2015, 19.30 Uhr, Gaststätte Württemberger Hof, Tübinger Straße 14

Redaktionsschluss für die Januar-Ausgabe: Montag, 26. Januar 2015

Weitere Veranstaltungstermine finden Sie in der Tagespresse und entnehmen Sie bitte unserer Homepage:

www.die-linke-rottenburg.de

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter
Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg
Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion

Norbert Kern, 72108 Rottenburg - Wendelsheim
Kornbühlstraße 75



V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen, 72108 Rottenburg
Eichendorffstr. 49

